

Auer Tageblatt

Befellungen nehmen die Anzeigen- und für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wochentägig. Fernsprech-Anschluss Nr. 63.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Heinrich...
Verleger: Dr. Heinrich...
Druck: Dr. Heinrich...

Telegramme: Egeblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1000

Nr. 273

Dienstag, den 22. November 1932

27. Jahrgang

Wird Hitler Reichsfinanzler?

Keine Entscheidung des Reichspräsidenten beim zweiten Besuche Hitlers — Die maßgebende Bedingung: Aufweisung einer arbeitsfähigen Mehrheit im Reichstag — Hitler antwortet heute nachmittag

Der zweite Empfang

Berlin, 20. Nov. Auch am heutigen Sonntag haben die Verhandlungen über die Neubildung der Reichsregierung nicht geruht. Der Schwerpunkt liegt dabei bei den Parteien. Nachdem der Reichspräsident gestern die erste Etappe seiner Besprechungen abgeschlossen hat, war bekanntlich vorgeesehen, daß die Parteien, die für die nationale Konzentration in Frage kommen, zunächst untereinander Verhandlungen führen. Das ist in der Form geschehen, daß Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum stattgefunden haben. Hitler selbst ist an diesen Besprechungen nicht beteiligt gewesen. Sie werden vielmehr von dem Reichspräsidenten Goering geführt und haben, wie verlautet, in seiner Wohnung stattgefunden. Adolf Hitler selbst hat sich den größten Teil des Sonntags im „Kaiserhof“ aufgehalten und eine Reihe von Besprechungen mit seinen engeren Parteifreunden gehabt. Ueber den Inhalt der Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wird auf beiden Seiten allerstrengstes Stillschweigen bewahrt, weil man unter allen Umständen vermeiden will, daß der weitere Verlauf durch Indiskretionen gefährdet werden könnte.

Reichspräsident Goering hat auch versucht, mit den Deutschnationalen in Fühlung zu kommen. Diese Absicht ist aber zunächst mißlungen, und zwar deshalb, weil die Deutschnationalen wohl erwartet hatten, daß Hitler selbst sich an sie wenden würde. Der „Montag“, der ja dem Geheimrat Eugenberg nachsteht, berichtet darüber, daß die Verhandlungen in der „etwas merkwürdigen Art“ eingeleitet worden seien, daß Reichspräsident Goering am Sonntagmittag durch seinen Adjutanten den Geheimrat Eugenberg in das Palais des Reichspräsidenten zu sich bestellen ließ. Dr. Eugenberg ließ nach der genannten Quelle darauf mitteilen, daß er Herrn Adolf Hitler wie stets so auch jetzt zu einer politischen Besprechung zur Verfügung stehe. Er müsse es aber nach den Vorgängen der letzten Wochen ablehnen, einer in so ungewöhnlicher Form erfolgten Aufforderung des Herrn Reichspräsidenten Goering nachzukommen.

Nach dieser Absage bleibt natürlich immer noch die Möglichkeit für direkte Besprechungen zwischen Hitler und Eugenberg offen. Man kann aber wohl annehmen, daß sie jetzt höchstens erst in einem späteren Stadium in Frage kommen, wenn zwischen Nationalsozialisten und Zentrum eine größere Klarheit erzielt worden ist. Ebenso ist anzunehmen, daß auch noch Verbindung mit der Deutschen Volkspartei aufgenommen werden wird. Das ist bis Sonntagabend noch nicht geschehen. Im ganzen gesehen hat also zwar der Sonntag noch keine Entscheidung gebracht. Die Diskretion, die über die Verhandlungen zwischen den Nationalsozialisten und dem Zentrum gebreitet wird, zeigt, daß diese Verhandlungen noch weitergehen. In politischen Kreisen hält man es für möglich, daß sich im Laufe des Montag's Klarheit über die Besprechungen gewinnen läßt.

Die Forderung der Nationalsozialisten

Berlin, 20. Nov. Zur Konstruktion der ganzen Verhandlungen werden von nationalsozialistischer Seite folgende Gesichtspunkte unterstrichen: Die Nationalsozialisten sind bereit, positiv die Aufgabe der Regierungsüberleitung zu übernehmen, wenn der Reichspräsident ihnen die Führung überträgt, d. h. Herr Hitler den Auftrag erteilt. Dieser Auftrag liegt bisher nicht vor, und deshalb werden die Verhandlungen auch nicht von Adolf Hitler geführt. Vielmehr ist nach nationalsozialistischer Auffassung zunächst Reichspräsident Goering der geeignete Mann. Das werde einmal durch seine Stellung als Reichspräsident bedingt, noch härter aber durch die Tatsache unterstrichen, daß er von den Parteien gewählt ist, die vom Reichspräsidenten zur Frage der nationalen Konzentration rekrutiert worden sind. Seine Unterhaltungen mit den Parteien gehen von der Frage der Reichstagsauflösung aus, gehen weiter der Stellung der Parteien zum Kabinett Wapen und von da aus den Möglichkeiten, die zur Bildung einer neuen Regierung führen können. Es wird betont, daß diese Verhandlungen nur informativ sind und vorbereitenden Charakter haben. Dabei ist aber kein Zweifel darüber, daß sie sowohl den Personenkreis als auch — und das in erster Linie — die Programmpunkte einer gemeinsamen Kabinettsbildung umfassen.

Vor der Entscheidung?

Berlin, 21. Nov. Am gestrigen Sonntag hat in später Nachmittagsstunde der Staatssekretär des Reichspräsidenten, Dr. Weiskner, Adolf Hitler im Hotel „Kaiserhof“ aufgesucht, wo er eine längere Unterredung mit ihm hatte. Weiskner überbrachte Hitler die Aufforderung des Reichspräsidenten, am Montag die Aussprache mit Hindenburg fortzusetzen. Von der neuerlichen Unterredung Hindenburg—Hitler erwartet man in politischen Kreisen eine entscheidende Klärung der Lage.

Berlin, 21. Nov. Der Führer der Nationalsozialisten, Adolf Hitler, begab sich heute vormittag um 10.30 Uhr erneut zum Reichspräsidenten. In seiner Begleitung befanden sich Hauptmann Goering und Minister a. D. Dr. G. Vor dem Hotel „Kaiserhof“ in dem Hitler wohnt, hatte sich wieder eine große Anzahl von Anhängern der Partei Hitlers eingefunden, die ihren Führer begeistert begrüßten und im Laufschritt neben seinem Auto mitliefen bis zum Reichspräsidentenpalais. Die Polizei hatte aber alle Maßnahmen getroffen, damit sich Vorfälle wie beim Empfang Hitlers am Sonnabend nicht wieder ereignen konnten.

Berlin, 21. Nov. Der Reichspräsident empfing heute vormittag um 10 Uhr Herrn Hitler erneut. Ueber den Empfang wird amtlich bekanntgegeben: Nachdem der Führer der Nationalsozialisten dem Herrn Reichspräsidenten mit aller Bestimmtheit erklärt hat, daß seine Partei nur in einer von ihm geführten Regierung mitarbeiten könne,

Wird er beauftragt?



Adolf Hitler, der Parteiführer der NSDAP

hat der Reichspräsident Herrn Hitler als den Führer der stärksten Partei des Reichstages ersucht, festzustellen, ob und unter welchen Bedingungen eine von ihm geführte Regierung eine sichere, arbeitsfähige Mehrheit im Reichstag bilden werde. Hitler erklärte, seine Antwort auf dieses Ersuchen dem Herrn Reichspräsidenten im Laufe des heutigen Nachmittages schriftlich übermitteln zu wollen.

Das amtliche Ergebnis der letzten Reichstagswahl

Berlin, 10. November. Unter dem Vorhitz des stellvertretenden Reichswahlleiters, Geheimrat Weiskner, fand heute die öffentliche Feststellung des Reichstagswahlresultates über das Ergebnis der letzten Reichstagswahl statt. Es erhielten nach Verrechnung der Kreis-, Verbands- und Reichswahlvorschlüsse

NSDAP	106
SPD	121
KPD	100
Zentrum	71
DNVP mit DVP zusammen	68
Bayerische Volkspartei zusammen mit DVP	30
Deutsche Staatspartei	3
Christl.-Soz. Volksp. u. Hann. Partei	6
Deutsche Bauernpartei zus. mit dem Deutschen Landvolk	8
Württemberg, Bauern- und Weingärtnerbund	2

Es sind also zusammen 584 Abgeordnete gewählt, nach den bisherigen Ergebnissen einer mehr, der nach der endgültigen Verrechnung dem Zentrum zugute kam.

Die Verluste der Parteien

Berlin, 10. November. Ministerialrat Dr. Kalsenberg, der Sachmann des Reichsinnenministeriums für Wahlfragen, gibt jetzt eine Verrechnung über die Gewinne und Verluste der Parteien heraus, in der die schon bisher bekannten Zahlen durch Berücksichtigung der geringeren Wahlbeteiligung gegenüber der vorhergehenden Reichstagswahl korrigiert sind.

Danach haben die Nationalsozialisten im ganzen Reichsgebiet 11,5 Prozent, die Sozialdemokraten 5,8 Prozent, das Zentrum 4,0 Prozent und die Bayerische Volkspartei 2,9 Prozent verloren. Die Deutschnationalen sind mit 47,5 Prozent der Hauptgewinner, die Kommunisten haben ihre Stimmenzahl um 18,8 Prozent vermehrt.

Einberufung der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei

Berlin, 19. Nov. Die Bayerische Volkspartei hat zum kommenden Dienstag ihre Reichstagsfraktion nach Berlin einberufen. Auch das Zentrum hat die neuen Abgeordneten benachrichtigt, daß in dieser Woche noch eine Fraktionsbildung stattfinden wird und daß sie sich dazu bereithalten sollten. Der Termin dieser Fraktionsbildung hängt von dem Weitergang der Verhandlungen über die Regierungsüberleitung ab. Eine Sitzung wird jedenfalls noch in der kommenden Woche stattfinden.

Hoover befehlt auf Zahlung

Die Regelung der Kriegsschuldenfrage soll Roosevelt überlassen bleiben

Washington, 20. Nov. Ueber die amerikanische Stellungnahme zur Kriegsschuldenfrage verlautet in Washingtoner politischen Kreisen folgendes: Hoover erwartet, daß die europäischen Schuldnerstaaten die am 15. Dezember fälligen Zahlungen leisten und im Hinblick auf ihre Kreditwürdigkeit nicht die Zahlungsmöglichkeit erklären. Die Regelung der Schuldenfrage soll dem neuen Präsidenten Roosevelt und seiner Regierung überlassen werden. Man erwartet in Washington, daß die europäischen Schuldnerländer nach der Londoner Weltwirtschaftskonferenz und nach Roosevelts Regierungsantritt den Antrag auf Schuldennachlaß erneuern werden. Es verlautet ferner, daß Roosevelt den Schuldennachlaß ablehnt, daß er jedoch unter Umgehung der internationalen Bankiers zusammen mit seinem Freunde, dem Professor an der University of Columbia, Raymond Moley, einen eigenen Plan zur Regelung der Kriegsschuldenfrage ausarbeitet, der die augenblicklichen Notwendigkeiten der Vereinigten Staaten berücksichtigt und zugleich den internationalen Handel fördert. Der größte Schuldner Amerikas Mitte Dezember ist England mit 95 Millionen Dollar. Es wird aber darauf hingewiesen, daß England genügend Devisenreserven hat, um diese an Amerika zu zahlen.

Aus dem Weißen Hause wurde nach einer außerordentlichen Kabinettsitzung bekannt gegeben, daß der amerikanische Haushalt für 1933/34 um wenigstens 700 Millionen Dollar gekürzt werden wird. Die Regierung sei entschlossen, den Haushalt auszugleichen.

Roosevelt in Washington

New York, 20. Nov. Der künftige Präsident Roosevelt kündigt an, daß er seine Anwesenheit in Washington in der nächsten Woche auch dazu benutzen wird, die amerikanische Haltung in der Frage der Kriegsschulden mit dem Präsidenten Hoover zu erörtern. Uebrigens werde keine Entscheidung über eine Verlängerung des Hoover-Monatoriums oder eine Revision der mit den europäischen Staaten abgeschlossenen Verträge getroffen werden, die der Kongress nicht zuvor gutgeheißen habe.